

SPD Grafschaft: Klares Ja für einen Zuschuss zum Hallenbadneubau TWIN

„Gehen mit unserem Vorschlag an die Grenze des finanziell Leistbaren und Verantwortbaren“

„Wir sprechen uns klar für einen angemessenen Zuschuss zum Neubau des Hallenbades TWIN in Bad Neuenahr-Ahrweiler aus“, so SPD-Fraktionschef Hubert Münch bei den Beratungen über eine eventuelle finanzielle Förderung des Vorhabens im Grafschafter Gemeinderat. „Obwohl wir in der Sache bis jetzt einen klaren und einstimmigen Beschluss haben, seitens der Grafschaft diesen Neubau nicht zu bezuschussen.“

„Aber aus unserer Sicht brauchen wir das TWIN, damit auch unsere Kinder schwimmen lernen können und die Vereine und der Schulsport ein auch sportlich nutzbares Hallenbad haben, das einzige im gesamten Kreis“, begründet Ratsmitglied und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Udo Klein die Unterstützung durch die Grafschafter Sozialdemokraten. „Auch wenn statistisch die Nutzung seitens der Grafschafter Kinder sowie der Bürgerinnen und Bürger bisher nur nachrangig war.“

„Wir hätten uns gefreut, wenn auch die anderen Gebietskörperschaften im Kreis das Vorhaben mit einem Zuschuss gefördert hätten, denn auch deren Kinder und Bürgerinnen und Bürger gehen im TWIN schwimmen. Aber leider gibt es laut Finanzplan der Kreisstadt nirgendwo eine Bereitschaft, außer bei uns“, bedauert er.

Daher führt der Finanzplan weiter nur noch eine Förderung des Kreises über 1,1 Mio. Euro und eine Bundesförderung von 3.1 Mio. Euro auf. „Bei der Kreisförderung sind wir mit unserem Beitrag von zirka 10 Millionen Euro zur Kreisumlage schon dicke an der finanziellen Unterstützung beteiligt. Auch dies sollte man nicht unter den Tisch fallen lassen“, stellt Ratsmitglied Peter Moog klar. „Andere Kommunen glauben, dass mit der Kreisumlage ihre Pflicht erfüllt sei.“

„Dem Rat und den Verantwortlichen der Kreisstadt war bei der Entscheidung, einen Zuschussantrag beim Bund zu stellen, klar bewusst, dass damit eine Förderung seitens des Landes wegen der nicht möglichen Doppelförderung vom Tisch war. Dennoch wählte man diesen Weg, da erfahrungsgemäß die Fördersummen des Bundes höher sind. Der Vorwurf, dass das Land nicht bezuschusse, läuft also voll ins Leere“, so Ratsmitglied Dr. Dieter Borschlegl.

„Es klingt schon etwas befremdlich, wenn der Bürgermeister von Bad Neuenahr-Ahrweiler jetzt in einem Schreiben sich „erlaubt die erste Zuschussrate abzurufen“, so Hubert Münch. Ihm muss bekannt sein, dass die Grafschaft grundsätzlich einer Förderung ablehnend gegenüber stand. Die von der Verwaltung im Haushalt eingestellte Position von 1,2 Mio. Euro hat der Rat bewusst mit einem Sperrvermerk versehen, um in der Sache zu gegebener Zeit, unter Berücksichtigung der aktuellen Situation, neu zu beraten. „Unser Zuschuss ist eine freiwillige Leistung, einen Anspruch hat die Kreisstadt hierauf nicht. Mögliche Absprachen von Bürgermeistern in Hinterzimmern sind uns nicht bekannt und für uns auch nicht relevant“, stellt Dr. Borschlegl klar.

Dennoch sind wir für eine spürbare und verantwortbare Unterstützung des Projektes der Kreisstadt“, so Udo Klein. „Dies, obwohl sich die finanzielle Lage der Grafschaft seit dem vergangenen Jahr dramatisch verschlechtert hat. Obwohl die Gewerbesteuer eingebrochen ist und wir, im Gegensatz zur Kreisstadt, keine Kompensation der Ausfälle erhalten. Wir immer noch auf Investitionsschulden von rund 29 Mio. Euro sitzen und Liquiditätsschulden für das laufende Geschäft von 5 Mio. Euro haben, die wir eigentlich vorrangig tilgen müssen, ehe wir über eine freiwillige Leistung an die Kreisstadt nachdenken dürfen. Wir müssen unseren Beitrag für das TWIN über einen Kredit finanzieren und uns weiter verschulden, auf Kosten der Grafschafter Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.“

„Und dennoch machen wir unter Abwägung aller Argumente einen Vorschlag, der finanziell weht tut, an die Schmerzgrenze des Verantwortbaren und wohl auch des kommunalrechtlich Erlaubten geht.

Wir schlagen vor, für den Neubau des Hallenbades in Bad Neuenahr-Ahrweiler vorbehaltlich der kommenden Haushaltspläne einen Gesamtzuschuss in Höhe von 50 Prozent des Kreiszuschusses, maximal bis zu 1,2 Mio. Euro, zu geben. Aufgeteilt in vier Jahresraten.

Dies hat für die Kreisstadt den Charme, dass bei einem steigenden Kreiszuschuss auch der Anteil der Grafschaft steigt, mindestens aber 550.000 Euro garantiert fließen“, so Hubert Münch.

„Mehr geht verantwortbar nicht. Wir sagen klar, dass eine solche finanzielle Unterstützung nicht zum Nachteil der Grafschafter Vorhaben für unsere Bürgerinnen und Bürger gehen darf, die wir in zweistellige Millionenhöhe noch vor der Brust haben. Vom Hochwasserschutz bis zum Mehrzweckgebäude in Holzweiler-Esch, um nur wenige Beispiele zu nennen. Diese dürfen nicht gefährdet werden. Wir erwarten bei einem Zuschuss unsererseits von der Kreisstadt, dass sie im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit beim übergebietlichen Hochwasserschutz der Grafschaft entgegen kommt, damit hier deutlich höhere Landeszuschüsse erzielt werden können“, formuliert Ratsmitglied Günter Bach die Erwartungen an die Kreisstadt.

„Auf diesem Hintergrund halten wir, trotz großer eigener finanzieller Schwierigkeiten, unseren Vorschlag für einen freiwilligen Zuschuss in dieser Höhe an die Kreisstadt für angemessen und noch verantwortbar. Wir helfen ihr bei der Finanzierung einer Aufgabe, die sie als Mittelzentrum auch für die umliegenden Gebietskörperschaften leistet und hierfür auch im Kommunalen Finanzausgleich entsprechende Mittel erhält. Wir sehen dies als einen Akt der Solidarität. Aber Solidarität darf keine Einbahnstraße sein“, fasst Fraktionschef Hubert Münch die Position der Sozialdemokraten zusammen.